

18. Oktober
1961
Europa



Die Europäische Sozialcharta wird beschlossen

È arrivato il momento in cui dobbiamo sapere come scartare i vecchi fardelli, come essere pronti per il nuovo mondo che sta arrivando, che sarà così diverso da quello che abbiamo immaginato».

„Heute ist der Augenblick gekommen, um die alten drückenden Lasten abzuwerfen, und bereit und offen zu sein für das Neue, das so ganz anders sein wird, als man es sich vorgestellt hatte“.

Mit diesem Zitat aus dem Manifest von Ventotene hat Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament am 16. April 2020 für ein geschlossenes Vorgehen gegen die Covid-19-Pandemie geworben. Immer wieder beziehen sich Projekte der EU auf dieses Manifest. Die darin festgehaltenen Gedanken über „Die Krise der modernen Zivilisation“¹, „Aufgaben der Nachkriegszeit: Die europäische Einigung“¹ sowie „Aufgaben der Nachkriegszeit: Die Gesellschaftsreform“ sind Meilensteine auf dem Weg der heute in Europa gängigen Praxis – auch in Fragen der Absicherung sozialer Risiken.¹

EVA DETSCHER, KARLSRUHE, ROLF GEHRING, BRÜSSEL

60 Jahre Europäische Sozialcharta

Die Europäische Säule sozialer Rechte, die auf dem Gipfel in Göteborg von allen (damals noch) 28 Staaten der EU am 17. November 2017 verabschiedet wurde, bezieht sich ausdrücklich (Absatz 3 in der Präambel) auf die am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichnete Europäische Sozialcharta – ein Vertragsvorschlag des Europarats (Vertrags-Nr. SEV 035), aufgelegt zur Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten des Europarates.² Das Unterzeichnen, Ratifizieren und Inkrafttreten ist seither einschließlich einer Revision von 1996 ein fortlaufender Prozess – Stand heute sind es 44 Unterzeichnerstaaten, davon haben 35 den Vertrag ratifiziert. Die Revision trug der veränderten gesellschaftlichen Praxis im Respekt vor vorangegangenen Fortentwicklungen des Arbeits- und Sozialrechts Rechnung.

Der Europarat (dieser sitzt seit 1949 in Straßburg und hat 46 europäische Staaten als Mitglieder, nachdem Russland am 25.2.22 ausgeschlossen wurde) spielt eine oft unterschätzte Rolle für das Aufden-Weg-Bringen von Konventionen, die dann normierend wirken können. In Deutschland ist die Sozialcharta seit Mai 2021 in Kraft, solange hat es gedauert, bis die revidierte Version von 1996 hier ratifiziert wurde.

Ein langer Weg

Erst in der Zeit 1919 bis 1933 gab es „einen regen Austausch zwischen den

verschiedenen europäischen Staaten“.³ Zuvor „hatten sich nur wenige Staaten für einen sozialen Schutz der Bevölkerung interessiert und auch kein Interesse an einer Übernahme der Maßnahmen der Nachbarstaaten bekundet“, obwohl „die Bedingungen in Bezug auf den Industrialisierungsstand sehr ähnlich waren“. Es kam zu einer „schlagartigen Verbreitung der Sozialversicherungen“. Ein Grund dafür war der Einfluss der 1919 gegründeten ILO, die alles unternahm, um „das Modell Bismarcks weltweit zu verbreiten“. Den entscheidenden Impuls aber gab der Beveridge-Bericht 1942 in Großbritannien: „... zum ersten Mal auf deutliche, ja sogar vereinfachte Weise (wurden) die verschiedenen Techniken zum Schutz gegen soziale Risiken zusammengefasst“, und der Schutz wurde der ganzen Bevölkerung zugestanden. „Beveridge entwickelte viele seiner Konzepte auf der Grundlage existierender Lösungen, aber sein Geniestreich war es eben, all diese Lösungen zusammenzufügen.“³ Die vielen Wegemarken in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen (Zünfte, Gewerkschaften, Kirchen, staatliche Einrichtungen usw.) wie Versicherungen, Versorgungen oder Fürsorge erhielten in Beveridges Konzept von „Sicherheit, Verantwortlichkeit und Freiheit“⁴ mit den drei Maßnahmen „allgemeine Kinderbeihilfen, ... umfassenden Gesundheits- und beruflichen Wiedereingliederungsschutz und Wirtschaftspolitik, die der Massenarbeitslosigkeit vorbeugt“⁴, den Charakter eines Sozialsystems. In Großbritannien wurde daraus er u.a. der nationale Gesundheitsdienst NHS.

Demokratie braucht Menschen, die sie ausüben können – ohne Furcht vor Elend

„Das Projekt der Europäischen Sozialcharta (ESC) wurde am 16. April 1953 das erste Mal erwogen. Das Generalsekretariat des Europarats verfasste ein Memorandum...“³ Das neue daran war, dass es als eine „Fortsetzung der Aktivitäten des Europarats auf dem Gebiet der Menschenrechte betrachtet wurde“.³ Gabriella Battaini Dragoni, Stellvertretende Generalsekretärin des Europarats,

Straßburg fasste zusammen: „Die in der Europäischen Sozialcharta garantierten wirtschaftlichen und sozialen Rechte sind Grundrechte, welche den in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten bürgerlichen und politischen Rechten entsprechen und diese ergänzen. In einer Zeit, in der die sozioökonomischen Rechte in Europa weniger gut geschützt sind, wie aus dem jüngsten Menschenrechtsbericht des Generalsekretärs des Europarates hervorgeht, stellt die Charta eine wichtige Garantie für die Aufrechterhaltung des Europäischen Sozialmodells und den Schutz der Demokratieausübung in Europa dar.“⁵

Die in der Charta garantierten Rechte betreffen Wohnung, Gesundheit, Bildung, Erwerbstätigkeit, Schutz vor sozialen Risiken, Integration und Teilhabe sowie die Nichtdiskriminierung. Das 1995 verabschiedete Zusatzprotokoll ermöglicht eine Kollektivbeschwerde von internationalen und nationalen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie von internationalen NGOs, die Beobachterstatus beim Europarat haben. Das Protokoll wurde bislang (Stand November 2020) von 15 Staaten ratifiziert.

1952 erhalten internationale Nichtregierungsorganisationen einen beratenden Status, 2003 den Teilnehmerstatus. Der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte wird mit 15 Mitgliedern besetzt, und prüft, ob nationale Gesetze den Ansprüchen genügen.

Europäische Gewerkschaften sowie der Europäische Gewerkschaftsbund gratulieren zum sechzigjährigen Geburtstag der Europäischen Sozialcharta, Kritiken beziehen sich auf unterschiedliche Bewertungen der erfassten Risiken und halten die Ausformung und praktische Anwendung im Fluss.

Insbesondere die Zurückhaltung der deutschen Regierung(en) bei der Übernahme von Rechtsansprüchen wie das Recht auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung und das Recht auf Wohnung „stehen nicht für ein europäisches Denken, sondern für Eigenbrötlei“.⁶ Daran kann gearbeitet werden.

(1) <https://www.coe.int/de/web/conventions/full-list?module=signatures-by-treaty&treaty-num=035> (2) <https://netzwerk-sozialrecht.net/revidierte-europaeische-sozialcharta/> (3) Cédric Guinand, „Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die soziale Sicherheit in Europa (1942 – 1969), Dissertation, Saarbrücken 2001 (4) Walter Auerbach, „Beveridge-Plan – 10 Jahre danach, Erfahrungen und Lehren“, in „Soziale Sicherheit“ 1953 (5) <https://www.coe.int/en/web/european-social-charter/home> (6) <https://netzwerk-sozialrecht.net/revidierte-europaeische-sozialcharta/>

1941 – Italien: Das Manifest von Ventotene

Aus der Gefangenschaft heraus für eine Überwindung der Feindschaft und ein friedliches Europa

Über achtzig Jahre alt ist das Manifest von Ventotene geworden, hat aber kaum an Aktualität eingebüßt. Zwei Antifaschisten, die Mussolini 1939 auf der kleinen Insel von Ventotene in Süditalien eingekerkert hatte, entwickelten hier die Utopie eines friedlichen Europas, während der Kontinent vom brutalsten Konflikt der Geschichte geplagt wurde. In ihren Augen waren die Nationalstaaten und der Nationalismus mit seinem die Gesellschaften prägenden Militarismus verantwortlich für diese Katastrophe. Daraus entstand ihr Einsatz für einen europäischen Bundesstaat. Sie stellten in ihrem Manifest die ruinöse Entwicklung der europäischen Gesellschaften dar, die zu den beiden Weltkonflikten geführt hatte und gaben Hinweise für den Aufbau einer friedlichen und gerechten Zukunft. Frieden und Gerechtigkeit sind in ihrer Reflexion untrennbare Begriffe und Grundlage des zukünftigen Europas.

PAOLA GIACULLI, BERLIN

Das Manifest („Für ein freies und vereintes Europa. Entwurf zu einem Manifest“) wurde von Spinelli und Rossi auf kleinen Zetteln verfasst und aus der Insel Ventotene von Ursula Hirschmann herausgeschmuggelt. Deren Mann Eugenio Colorni, Sozialist und Insasse wie Spinelli und Rossi in Ventotene, der später von den Faschisten ermordet wurde, lektorierte und veröffentlichte 1944 mit einem Vorwort das Manifest.

Altiero Spinelli (31. August 1907 – 23. Mai 1986) war ein eigenartiger Politiker, ein Kommunist, der 1937 aus der kommunistischen Partei wegen deren für ihn zu eng nationalen Dimension des politischen Handelns ausgetreten war. Später wurde er Inspirator der Bewegung *Giustizia e Libertà* (Gerechtigkeit und Freiheit), und nach dem Zweiten Weltkrieg der Bewegung für die Europäische Föderation, sein Anliegen auch als Mitglied des Europäischen Parlaments (1979 bis 1986, als unabhängiger Linker in den Listen der Kommunistischen Partei Italiens).

Kurz vor seinem Tod 1986, sagte Spinelli in einem Interview:

„Europa muss in der Lage sein, ein politisches Projekt zu entwerfen. Die Alternative liegt nicht zwischen Europa und einer Rückkehr zum Nationalismus, die nicht zustande kommen wird, weil heutzutage alles, was entscheidend ist, eine übernationale Dimension hat. Die Alternative ist: entweder sich der Nation unterwerfen oder Europa aufzubauen. Das große Hindernis zur politischen Union besteht in der Tatsache, dass die europäische Frage in den Händen der Verwaltung liegt. Sie muss hingegen dem Repräsentativorgan der Gemeinschaft übertragen werden; deshalb müssen wir kämpfen, damit das Europaparlament bei den nächsten Wahlen (Juni 1989) ein Verfassungsmandat bekommt, um ein Projekt zu entwerfen, das dann von den verschiedenen Staaten durch ein Referendum und nicht von den

Zentralverwaltungen bestätigt werden muss.“

Dieser Wunsch hat sich noch immer nicht verwirklicht, und viele Nationalstaaten scheinen trotz solidarischer Anstrengungen wie bei den Corona-Hilfsfonds weiter eher auf Interessen innerhalb ihrer Grenzen zu schauen, als wären die einzelnen Staaten nicht voneinander abhängig und könnten sich alleine retten.

Vorstellungen für ein friedliches Europa

Für Spinelli und Rossi war es notwendig, einen europäischen Bundesstaat aufzubauen, „der die nationalen Streitkräfte zugunsten einer europäischen Streitmacht abschafft; der entschieden die Wirtschaftsautarkien zerschmettert, die das Rückgrat der totalitären Regime bilden; der über angemessene Staatsorgane und finanzielle Mittel verfügt, um in den einzelnen Bundesstaaten seine Entscheidungen, die dem Erhalt der gemeinschaftlichen Ordnung dienen, durchsetzen zu können, dabei aber gleichzeitig den einzelnen Staaten die Autonomie lässt, die es ihnen erlaubt, das politische Leben gemäß der besonderen Eigenheiten der jeweiligen Völker auszuformen und weiter zu entwickeln“ (Teil II, Aufgaben der Nachkriegszeit – Die europäische Einheit).

„Die Ideologie der nationalen Unabhängigkeit wurde zu einer starken Triebfeder des Fortschritts“ heißt es im ersten Teil des Manifestes („Die Krise der modernen Gesellschaft“). „Diese Ideologie trug aber auch den Keim des kapitalistischen Imperialismus in sich, den unsere Generation mit Macht heranwachsen sah, bis hin zum Entstehen der totalitären Staaten und zum Ausbruch der Weltkriege“. Die politischen Freiheitsrechte, das Repräsentativsystem und dadurch die Einführung von progressiven Steuersystemen, öffentlicher Bildung, Agrarreformen, verbesserte Arbeitsbedingungen „erschweren die Bewahrung der alten Privilegien“. Spinelli und Rossi weisen dann auf den Kampf der oberen Schichten, die auf ihre

Privilegien nicht verzichten wollen, gegen die unteren.

„Selbst jene privilegierten Schichten, die der politischen Gleichberechtigung zugestimmt hatten, konnten nicht zulassen, dass die mittellosen Klassen diese Freiheiten dazu nutzten, eine faktische Gleichheit durchzusetzen, die besagte Rechte mit dem konkreten Inhalt wirklicher Freiheit gefüllt hätte. Als dann nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Bedrohung zu stark wurde, war es nur natürlich, dass diese Schichten das Aufkommen der Diktaturen freudig begrüßten und aktiv unterstützten, die dann ihren Gegnern auch die gesetzlichen Waffen entzogen“.

Oft erleben wir auch heutzutage, wie das liberale Lager ihre Interessen über das allgemeine Interesse stellt. Wie in den 1920er in Italien und in den 30er Jahren in Deutschland, besteht die Gefahr, dass dieses Lager sich wieder mit den reaktionären post-faschistischen Kräften verbünden kann, wenn die Interessen des Kapitals es erfordern. Spinelli und Rossi waren der Meinung, dass die politischen Freiheitsrechte nur durch eine soziale Revolution und die Kontrolle über die Regierenden konkretisiert werden können.

„Die europäische Revolution muss, um unseren eigenen Ansprüchen zu genügen, sozialistisch sein, (...) sie muss also sich als Ziel die Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung und das Erreichen würdiger Lebensbedingungen für diese Schicht setzen“ (Teil III, die Aufgaben der Nachkriegszeit – Die Reform der Gesellschaft).

Ohne das Privateigentum völlig in Frage zu stellen, hielten es Spinelli und Rossi für notwendig, Unternehmen kollektiven Interesses zu verstaatlichen (z.B. im Bereich Energie, Stahl, Waffen und Banken). Privateigentum und Erbschaftsrecht sind in dieser Logik zu reformieren, damit große Reichtümer nicht in die Hände einiger weniger parasitärer Wohlhabender gelangen und sollten stattdessen gerecht verteilt werden.



Zitate und deutsche Fassung des Manifestes aus: Eurostudium 3w gennaio-marzo 2011, www.istitutospinelli.it/download/il-manifesto-di-ventotene-tesesco/. Abb. (Ausschnitt): Gedenktafel am Castello di Ventotene. commons.wikimedia.org/wiki/File:Castello_di_ventotene_%28municipio%29_lapide_manifesto_di_ventotene.jpg